

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Gewerkschaftsmonitor

August 2024

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Dominikanische Republik hat in den letzten Jahrzehnten ein stabiles politisches System entwickelt, ist jedoch immer noch durch klientelistische Machtstrukturen mit zahlreichen Fällen von Korruption und Straflosigkeit gekennzeichnet. Die Mitgliederzahlen der im Parlament vertretenen Parteien sind nach wie vor hoch, aber zurückgehend, ähnlich der Gewerkschaftsbewegung des Landes. Den Gewerkschaften fällt es zudem schwer, sich als Gegengewicht im neoliberalen politischen Kontext zu behaupten.

Der Sieg der Partido Revolucionario Moderno (PRM) bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2020 und 2024 erklärt sich zum einen aus der Enttäuschung der Bevölkerung über die Partido de la Liberación Dominicana (PLD), die das Land zwanzig Jahre lang regiert hat und für zahlreiche Korruptionsskandale verantwortlich ist, und zum anderen aus einer Spaltung innerhalb der PLD.

Alle großen Parteien verfolgen eine konservative und wirtschaftsliberale Linie, auch die regierende PRM. Präsident Luis Abinader (PRM) kündigte zu Beginn seiner Amtszeit im Jahr 2020 an, dass er eine neue Ära des Wandels und der Transformation einleiten wolle. Zu den angekündigten Versprechen gehörten eine Arbeitsrechtsreform, die bereits seit 2013 offen ist, und eine Reform des Sozialversicherungssystems. Zudem kündigte er einen unumkehrbaren Schritt in Richtung Institutionalisierung, Modernität und Konsolidierung der Demokratie an. Im Falle der Arbeits- und Sozialversicherungsreformen tagten seitdem verschiedene Kommissionen, ohne jedoch konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Kritiker_innen sehen in der Einsetzung dieser Arbeitsgruppen, die voraussichtlich nicht zu einem Ergebnis kommen werden, eine geschickte Strategie des Präsidenten, um Konflikte zu vermeiden und politische Gegenspieler_innen zu schwächen. Auch das Kräfteverhältnis innerhalb von Partei

und Regierung lässt kaum Veränderungen zu. Zahlreiche progressive Akteur_innen aus Partei und Zivilgesellschaft wurden zwar mit hohen Ämtern bedacht, nehmen in der Regierung jedoch eine Außenseiterrolle ein. Durch diese Taktik konnte Luis Abinader bisher eine scheinbar konfliktfreie Regierung führen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Dominikanische Republik ist makroökonomisch ein stabiles Land, das mit Ausnahme der Jahre 2003 und 2020 stets ein Wirtschaftswachstum von etwa fünf Prozent erzielen konnte. Dieses beeindruckende Wachstum hat sich jedoch nicht in einer Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung niedergeschlagen; das Land bleibt weiterhin durch große wirtschaftliche Ungleichheit gekennzeichnet. Der dominierende Wirtschaftssektor ist mit etwa 19 Prozent der Tourismus. Darüber hinaus haben der Bergbau (Gold), Freihandelszonen, Landwirtschaft und Rücküberweisungen emigrierter Dominikaner_innen aus dem Ausland eine große wirtschaftliche Bedeutung.

Sozialpolitische Fortschritte sind geringer als in anderen Ländern der Region, die ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnen. Die Informalität der Arbeit liegt in der Dominikanischen Republik über dem Durchschnitt der Region und wird von der Zentralbank für 2023 mit 56,7 Prozent angegeben. Laut Armutsbulletin des Ministeriums für Wirtschaft, Planung und Entwicklung lag die Armutsquote im Land 2023 bei 23 Prozent, was einen erheblichen Rückgang gegenüber 27 Prozent aus dem Jahr 2022 darstellt. Auch die Arbeitslosigkeit lag laut Zentralbank im letzten Trimester 2023 bei lediglich fünf Prozent. Über die Hintergründe dieser Entwicklungen herrscht jedoch Uneinigkeit: Während die Regierung dafür den Lohnanstieg verantwortlich sieht, behaupten Kritiker_innen, es sei lediglich die Messmethodik verändert worden.

Die zahlreichen Sektor-Mindestlöhne liegen trotz deutlicher Erhöhungen durch die aktuelle Regierung immer noch etwa 23 Prozent unter dem Reallohniveau des Jahres 2000.

Während der Corona-Pandemie stieg die Inflation laut Zentralbank zwischenzeitlich auf 8,24 Prozent (2021) bzw. 8,81 Prozent (2022). Mittlerweile ist sie wieder auf 5,71 Prozent (2023) abgesunken. Besonders stark stiegen die Preise für Lebensmittel, Verkehr und Wohnen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaftsdachverbände beteiligen sich aktiv am Sozialen Dialog im Land. Um eine gleichberechtigte Beteiligung zu gewährleisten, haben sie im »Pakt für die Einheit der Nation« beschlossen, immer im Konsens Position zu beziehen, um so auch in Bereichen mit niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad politische Stärke zeigen zu können. In der Realität stellt dieser Pakt jedoch einen grundlegenden Faktor für die geringe Mobilisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der letzten zwei Jahrzehnte dar. Bei vielen Fragen konnte kein Konsens erzielt werden, sodass auch keine Positionierung stattfand. So haben die Gewerkschaftsdachverbände in den letzten zehn Jahren, abgesehen von den Kundgebungen zum 1. Mai, nur zu drei Massenmobilisierungen aufgerufen: im Juni 2013 für eine Lohnerhöhung im öffentlichen Sektor, im April 2019 gegen die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung sowie im Mai 2019 für die Änderung des Sozialversicherungsgesetzes.

Darüber hinaus haben die Gewerkschaftsdachverbände in den vergangenen Jahren wiederholt Entscheidungen getroffen, die dem Ruf der gesamten Bewegung stark geschadet haben. Hierzu zählen etwa die als unverhältnismäßig erachteten Pensionserhöhungen für die Vorsitzenden der Dachverbände im Jahr 2021 sowie die Unterstützung für die Regierung bei der Verabschiedung des Elektrizitätspakts im gleichen Jahr. Dieser Pakt war zuvor vier Jahre lang im Wirtschafts- und Sozialrat diskutiert worden, um größtmögliche Einvernehmlichkeit zu erzielen. Soziale Bewegungen, Wissenschaftler_innen und Verbraucherschutzorganisationen prangerten jedoch an, dass vereinbarte Reformprozesse im Stromsektor nicht eingehalten wurden. Da die Gewerkschaftsdachverbände diese Kritik ignoriert haben, wurden sie in der Folge beschuldigt, ihre Stimmen an die Regierung verkauft zu haben.

Zudem bestehen mehrere interne Konflikte zwischen den Gewerkschaftsdachverbänden über die Gründung von zweiten oder dritten, teils »gelben« Gewerkschaften in Unternehmen, in denen bereits eine Gewerkschaft existiert, etwa in der Wasserversorgung von Santiago. Die 1978 gegründete Gewerkschaft der Wasser- und Abwasserarbeiter_innen von Santiago (ITRACORAASAN) ist an den Dachverband Confederación Nacional de Unidad Sindical (CNUS) angeschlossen und als kämpferische Gewerkschaft bekannt, die aufgrund ihrer stetigen sozialen Forderungen in der Provinz allgemein ein hohes Ansehen genießt. Im Mai 2022, als die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag beginnen sollten, teilte das Unternehmen der Gewerkschaft mit, dass die Verhandlung nicht aufgenommen werden könnten, da es im Unternehmen eine neue Gewerkschaft gäbe, die dem Dachverband Confederación Autónoma Sindical Clasista (CASC) angeschlossen sei. Die Unternehmensleitung begann daraufhin, die Mitglieder der alteingesessenen Gewerkschaft unter anderem durch Telefonanrufe und die Androhung von Entlassung zum Beitritt in die neue Gewerkschaft zu drängen. Diese Situation führte dazu, dass das Gewerkschaftsbüro suspendiert wurde, der CNUS die CASC bei internationalen Gewerkschaftsforen anprangerte und das Arbeitsministerium um Vermittlung ersuchte.

GEWERKSCHAFTEN IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die ersten Arbeiter_innenorganisationen des Landes gehen auf die Gründung des »Gremio de Panaderos« in Santiago de los Caballeros im Jahr 1905 und der Hermandad Comunal Nacionalista (Nationalistische Kommunale Bruderschaft) in der Zuckerindustrie im Jahr 1916 zurück. Im Jahr 1930 wurde der Dachverband Confederación Trabajadoras Dominicanas (CTD) gegründet, den das autoritäre Trujillo-Regime nach seiner Machtübernahme rasch infiltrierte. 1940 wurde das erste Gesetz zur Legalisierung von Gewerkschaftsorganisationen verabschiedet. 1946 organisierten die Arbeiter_innen der Zuckerindustrie einen siebentägigen Streik, der sich auf

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Dominikanischen Republik

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederación Nacional de Unidad Sindical, CNUS (Nationaler einheitlicher Gewerkschaftsdachverband)	Rafael Abreu / Eulogia Familia	380 000	Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA)
Confederación Autónoma Sindical Clasista, CASC (Autonomer klassenbewusster Gewerkschaftsverband)	Gabriel del Río Doñé	unbekannt	IGB, CSA
Confederación Nacional de Trabajadores Dominicanos, CNTD (Nationale Konföderation der dominikanischen Arbeiter_innen)	Jacobo Ramos / Silvio Ureña	unbekannt	IGB, CSA

den gesamten Osten des Landes ausdehnte. Zwar endete dieser Streik mit einer Lohnerhöhung für die Arbeiter_innen, führte aber gleichzeitig zur brutalen Unterdrückung der Gewerkschaftsführer_innen. Sie wurden entweder inhaftiert, oder ermordet, selbst im Exil.

Mit dem Ende der Diktatur im Jahr 1961 und der Rückkehr der politischen Exilant_innen begann der größte Prozess der gewerkschaftlichen Organisierung des Landes. Zwischen 1961 und 1980 wurden etwa 1 500 Arbeitnehmer_innenorganisationen auf allen Ebenen gegründet. Dazu zählten etwa 1961 die Frente Obrero Unido Pro Sindicatos Autónomos (FOUPSA), die erste nationale Gewerkschaftsorganisation in der neuen politischen Phase der Republik, 1962 die Sindicato Autónomo de la Industria Farmacéutica (Autonome Gewerkschaft der pharmazeutischen Industrie, SADIF), aus der später der CASC hervorging, sowie die Confederación Nacional de Trabajadores Libres (Nationale Konföderation Freier Arbeiter_innen, CONATRAL), die sich aus Dissident_innen der ursprünglichen FOUPSA zusammensetzte. Ebenfalls 1962 fand der »Erste nationale Kongress der dominikanischen Arbeitnehmer« statt, der von der CASC organisiert wurde.

Am 14. November 1971 gründete sich neben einigen weiteren Gewerkschaftsdachverbänden im Land die Confederación Nacional de Trabajadores Dominicanos (CNTD) aus drei Gewerkschaftsverbänden im Lebensmittel- und Verkehrssektor. 1991 schlossen sich vier Dachverbände zur Central de Trabajadores Unitarios (CTU) zusammen, die ein Projekt der beiden großen politischen Parteien PLD und Partido Revolucionario Dominicano (PRD) war, welche sich über die

Statuten einen erheblichen Einfluss auf die politischen Entscheidung sicherten. 1998 begann unter Beteiligung der Gewerkschaftsdachverbände CASC, CNTD, CTU und Central General de Trabajadores (CGT) zum Consejo Nacional de Unidad Sindical (Nationaler Gewerkschaftsrat) ein weiterer Vereinigungsprozess, der 2005 mit dem Zusammenschluss von CTU und CGT zur CNUS seinen Abschluss fand.

Die drei größten Gewerkschaftsdachverbände sind gegenwärtig CASC (1962), CNTD (1971) und CNUS (2005).

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die dominikanischen Gewerkschaften sind nach innen politisch sehr divers, weshalb ihre politische Positionierung nach außen vornehmlich durch deren Vorsitzende geprägt wird. So unterstützten beispielsweise Jacobo Ramos (CNTD) und Rafael »Pepe« Abreu (CNUS) im Jahr 2016 öffentlich die Wiederwahl von Danilo Medina (PLD). Im Jahr 2020 setzten sich alle drei für die Wahl des letztlich unterlegenen Gonzalo Castillo (PLD) ein und 2024 unterstützten alle drei Vorsitzenden die Wiederwahl von Luis Abinader von der PRM.

Die Gewerkschaften sind in den öffentlichen Sektoren wie Bildung und Gesundheit besonders stark vertreten. In den privaten Sektoren wie Tourismus, Transport, Bauwesen und Bergbau, hier insbesondere Gold (Barrick Gold), Kupfer und Zink (CORMIDOM) sowie Ferronickel (Falconbridge), sind die Gewerkschaften hingegen schwächer aufgestellt. Der einzige Sektor, in dem die gewerkschaftliche Organisierung in den

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in der Dominikanischen Republik

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación Dominicana de Trabajadores de Zonas Francas y Afines, FEDOTRAZONAS (Dominikanischer Verband der Arbeiter_innen in Freihandelszonen und verwandten Gebieten)	CNUS	Ignacio Hernandez	unbekannt	IndustriALL
Asociación Trabajadoras del Hogar, ATH (Verband der Hausangestellten)	CNUS	Victoria Garcia	3 500	International Domestic Workers Federation (IDWF)
Sindicato Nacional de Trabajadoras Domésticas, SINTRADOME (Nationale Gewerkschaft der Hausangestellten)	CASC	Marubeny Pérez	2 000	IDWF
Federación Nacional de Trabajadores de la Industria de la Construcción, la Madera, Materiales de Construcción, FENTICON (Nationaler Verband der Arbeitnehmer_innen in der Bau-, Holz- und Baustoffindustrie)	CNUS	Pedro Julio Alcántara	unbekannt	Bau- und Holzarbeiter_innen-internationale (BWI)
Asociación Nacional de Profesores, ADP (Nationaler Lehrer_innenverband)	CNUS	Eduardo Hidalgo	200 000	Bildungsinternationale (EI)
Federación Nacional de Trabajadores Industriales, FENTI (Nationaler Bund der Industriearbeiter_innen)	CASC	José Luís de Leon	unbekannt	IndustriALL

letzten Jahren zugenommen hat, ist im Bereich der Callcenter. Allerdings beeinträchtigt dort die hohe Personalfuktuation den gewerkschaftlichen Organisationsprozess.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die dominikanische Verfassung erkennt in Art. 62 Abs. 3 an, dass die Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen zu den Grundrechten der Arbeitnehmer_innen gehören. Dieses Recht wird jedoch durch das Arbeitsgesetzbuch und das Gesetz über den öffentlichen Dienst und Verwaltungslaufbahnen eingeschränkt:

- Im Falle von Tarifverhandlungen schränken die Artikel 109 und 110 des Arbeitsgesetzes die Möglichkeit von Verhandlungen ein, indem sie festlegen, dass »eine Gewerkschaft (unabhängig von ihrer Art) die absolute Mehrheit der Arbeitnehmer_innen eines Unternehmens oder eines Wirtschaftszweigs als Mitglieder repräsentieren muss, um Tarifverhandlungen führen zu können«.
- Das Gesetz über den öffentlichen Dienst und die Verwaltungslaufbahn sieht die Möglichkeit von Tarifverhandlungen für öffentlich Bedienstete nicht vor.
- Artikel 324 des Arbeitsgesetzes besagt, dass »Gewerkschaften nicht weniger als zwanzig Mitglieder haben dürfen«.
- In Art. 142 Abs. 1 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über den öffentlichen Dienst und die Verwaltungslaufbahn heißt es: »Im Falle von Staatsbediensteten sind 40 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl der jeweiligen Einrichtung erforderlich, um eine Arbeitnehmervertretung zu bilden.«

Dem Antrag auf Eintragung als Gewerkschaft muss gemäß Artikel 374 des Arbeitsgesetzes das Protokoll der Versammlung mit den persönlichen Daten der Arbeitnehmer_innen, die an der Gründung der Gewerkschaft beteiligt waren, beigefügt werden. Gewerkschaften beklagen, dass die Mitarbeiter_innen des Arbeitsministeriums diese Daten mit den Arbeitgeber_innen teilen und mitunter Schikanen und Repressionen gegen die Gewerkschaftsmitglieder die Folge sind.

Eine weitere Hürde der gewerkschaftlichen Organisation stellen die zahlenmäßigen Voraussetzungen für die Gründung einer Gewerkschaft dar. Eine Betriebsgewerkschaft benötigt mindestens 20 Mitglieder, was eine erhebliche Einschränkung darstellt, da die meisten Arbeitnehmer_innen in kleinen oder mittleren Unternehmen beschäftigt sind. Darüber hinaus sind Drohungen und juristische Schikanen der Arbeitgeber gegen Personen, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, sowie das geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Gewerkschaftsführer_innen große Hindernisse für den gewerkschaftlichen Organisationsprozess.

Dessen ungeachtet hat die Dominikanische Republik neun der zehn Kernarbeitsnormen der ILO sowie drei von vier Go-

vernance-Übereinkommen ratifiziert. Bislang nicht ratifiziert wurden das Übereinkommen 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt, das Protokoll zum Übereinkommen über Zwangsarbeit sowie das Übereinkommen 129 über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Trotz des geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrades gibt es in bestimmten Sektoren gute Praktiken für Tarifverhandlungen, sodass dort etwa Elternzeit, Fortbildungsurlaube oder betrieblich geförderte private Krankenversicherungen errungen werden konnten. Dies trifft vor allem auf Großunternehmen internationaler Gruppen im Lebensmittel- und Bergbausektor zu. Wo es Tarifverträge gibt, werden diese auch in hohem Maße eingehalten und Verhandlungsprozesse führen regelmäßig zu Verbesserungen.

Was die Lohneinstufung betrifft, hat der Gesetzgeber 21 verschiedene Mindestlohnsätze festgelegt, von denen derzeit 17 in Kraft sind, die alle zwei Jahre vom nationalen Lohnausschuss überprüft werden. Aktuell deckt jedoch keiner der 17 Mindestlöhne, die nach Wirtschaftssektoren unterteilt sind, den Mindestwarenkorb des Landes ab. Im Jahr 2023 wurden zahlreiche Mindestlöhne zwar um vier bis 19 Prozent erhöht, das durchschnittliche Monatseinkommen der Erwerbstätigen in der Dominikanischen Republik entspricht dennoch nur 48,4 Prozent der Kosten für den Mindestwarenkorb. Dies liegt insbesondere daran, dass die Reallöhne im Land zwischen 2000 und 2023 stagnierten. Ziel der Regierung ist es nun, Variablen wie Arbeitsproduktivität, Inflation und eine zusätzliche Prämie für die Kosten des Basiswarenkorbs zu kombinieren, bis die bestehenden Lücken zwischen den Kosten des Warenkorbs und dem Mindestlohn geschlossen sind.

Seit den 1990er-Jahren besteht bei allen Gewerkschaftsdachverbänden eine Zusammenarbeit mit Organisationen, welche die Anliegen informell Beschäftigter artikulieren, sowie den Geschlechter- und Jugendsekretariaten. Den Frauensekretariaten ist es gelungen, einen gewerkschaftsübergreifenden Ausschuss der Arbeitnehmerinnen einzurichten, dessen Ziel es ist, Vorschläge zu formulieren, um die Beteiligung von Frauen in den Gewerkschaften zu erhöhen. Bei den Jugendsekretariaten und -ausschüssen handelt es sich in der Praxis hingegen um Dialogforen, die häufig von der Gewerkschaftsarbeit abgekoppelt sind und kein politisches Gewicht besitzen. Den dominikanischen Gewerkschaftsdachverbänden ist es bisher bedauerlicherweise nicht gelungen, eine Jugendpolitik zu formulieren, geschweige denn einen Konsens über die Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen zu erzielen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Derzeit existieren keine aktuellen Zahlen über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad im Land. Das Arbeitsministerium und die Gewerkschaftszentralen geben den Organisationsgrad jedoch mit etwa zehn Prozent an. Die Gewerk-

schaftsdachverbände versuchen, die gewerkschaftliche Organisation vor allem in Schlüsselsektoren zu stärken, beispielsweise in der Metallbranche, in Callcentern sowie im Hotel- und Dienstleistungssektor, wobei der Schwerpunkt auf den Supermärkten liegt. Callcenter und Supermärkte waren nach Ansicht der Gewerkschaftsdachverbände in den letzten Jahren diejenigen Bereiche, in denen die meisten gewerkschaftsfeindlichen Praktiken vorherrschten.

In der dominikanischen Bevölkerung spielen die Gewerkschaften nur eine untergeordnete Rolle. Obwohl die Menschen die politische Rolle der Gewerkschaften sowie ihre Bedeutung für die Stärkung der Demokratie und der Arbeitnehmer_innenrechte grundsätzlich verstehen, zeigen alle im Land durchgeführten Umfragen zur politischen Kultur, dass das Vertrauen der Dominikaner_innen in die Gewerkschaftsstrukturen gering ist. In einer von der FES durchgeführten Befragung von Organisationen der Zivilgesellschaft im Jahr 2021 gaben die befragten Organisationen an, dass keine Räume für einen Dialog zwischen ihnen und der Gewerkschaftsbewegung bestehen. Die einzige Ausnahme bilden das Comité Intersindical de la Mujer Trabajadora (CIMTRA) sowie feministische Organisationen.

In den letzten zehn Jahren ist der Einfluss der Regierungsparteien auf die Führung der Gewerkschaftsdachverbände sehr deutlich geworden. Ein Beispiel war unter anderem, dass die Vorsitzenden der drei Gewerkschaftsdachverbände bei den Wahlen 2019 öffentlich ihre Unterstützung für den Präsidentschaftskandidaten der PLD – damals seit 16 Jahren an der Macht – bekundeten. Heute ist die Situation nicht viel anders: Gegenwärtig gehören wichtige Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung auch der Regierung an oder sind Kongressabgeordnete, etwa die Frauenministerin Mayra Jiménez (zuvor CNUS), Agustín Vargas (Berater der Exekutive in Gewerkschaftsfragen und Vizepräsident der CNUS) sowie Pedro Julio Alcántara (Abgeordneter der PRM, Vizepräsident der CNUS und Präsident der FENTICON).

Der aktuellen Regierung ist es zudem gelungen, die Gewerkschaftsdachverbände davon zu überzeugen, am 1. Mai eine gemeinsame Kundgebung mit dem Präsidenten abzuhalten. Die offensichtliche Inanspruchnahme eines für die Arbeiter_innenbewegung so bedeutsamen Tages der Mobilisierung steht bildhaft für die Weigerung der Gewerkschaften, mit der Politik in Konflikt zu treten. Die Gewerkschaftsdachverbände haben seit April 2019 nicht mehr zu einer Demonstration aufgerufen. Im Gegenteil: Trotz offensichtlicher Interessenkonflikte zwischen Regierung und Arbeitnehmer_innen verkünden beide Seiten feierlich ihre Hochachtung voreinander.

Die größte politische Herausforderung für die Gewerkschaften bleibt nach wie vor die Arbeitsrechtsreform. Nachdem die Verhandlungen im vergangenen Jahr zunächst als gescheitert galten, wurden sie ohne öffentliche Bekanntgabe später wieder aufgenommen. Am 1. Mai 2024 verkündeten die Vorsitzenden gemeinsam mit Präsident Abinader einen Pakt für die Arbeiter_innen im Land. Über den Inhalt ist wenig bekannt, jedoch wurde von Gewerkschaftsseite mehr-

fach betont, dass bei der Arbeitsrechtsreform gewerkschaftlich erstrittene Rechte bestehen bleiben werden. Insbesondere das Prunkstück des dominikanischen Arbeitskampfes, die *Cesantía* – eine Vertragsabschlusszahlung – wird von Unternehmensseite immer wieder angegriffen. Ihr Erhalt bei der Arbeitsrechtsreform scheint das wichtigste Ziel der Bewegung zu sein. Daneben gilt es, die Plattformarbeit, Homeoffice sowie Arbeitsverhältnisse von Migrant_innen und Hausangestellten besser zu regulieren und zu schützen.

Zwar trifft zu, dass die Gewerkschaftsdachverbände solide und weitreichende Beziehungen zur politischen Macht unterhalten, gleichzeitig ist ihre Fähigkeit, Vorschläge zu unterbreiten und die Regierung zu beeinflussen, aufgrund des Verlusts ihrer Mobilisierungsfähigkeit sehr relativ.

Die Dachverbände pflegen sehr enge Beziehungen zum Gewerkschaftsbund der Americas (CSA-TUCA). Diese sind vor allem auf die Präsenz von dominikanischen Frauen in den Führungsgremien der CSA zurückzuführen: Francisca Jiménez, Vizepräsidentin der CSA, Jordania Ureña, derzeitige stellvertretende Generalsekretärin des IGB, sowie Eulogia Familia als ehemalige Vorsitzende des Frauenausschusses der CSA.

Gilbert Kluth, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Dominikanischen Republik

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Fabian Lischkowitz, Referent für Brasilien, Uruguay, Gewerkschaften und Handel
fabian.lischkowitz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.